

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Friedensfest in Strausberg

Schon oft hat Genosse Siegfried Günther aus Blankenfelde vom Strausberger Friedensfest erzählt, das alljährlich Anfang September stattfindet und viele Besucher anzieht.

Ich hatte bisher noch nie teilgenommen – eigentlich schade, wie ich heute weiß.

In diesem Jahr war das Fest gekoppelt mit dem Pressefest der „Kleinen“ Zeitungen im Land Brandenburg.

Landtagsfraktion und Landesge-

schäftsstelle hatten gemeinsam mit anderen Gremien eine inhaltreiche Veranstaltung vorbereitet, die inhaltlich der besseren Vernetzung untereinander, der öffentlichen Präsentation der „Kleinen“ Zeitungen und zum gründlichen Erfahrungsaustausch dienen sollte.

Auch die Teilnehmerinnen unserer Redaktion waren sich mit den anderen einig, diese fachliche Anleitung und den Erfahrungsaustausch in ge-

eigneter Form weiterzuführen. Jeder von uns wird über die vielfältigen Anregungen und Hinweise nachdenken. Wir werden beraten, was man wie umsetzen kann.



Die „Eintrittskarte“ zum Fest

Nach Beendigung unseres Pressefestes nutzten wir die Möglichkeit, an den Veranstaltungen des Friedensfestes teilzunehmen.

Zu diesen zählten auch Talkrunden mit Landes- und Bundespolitikern oder Konzerte von Jazz bis Folklore,

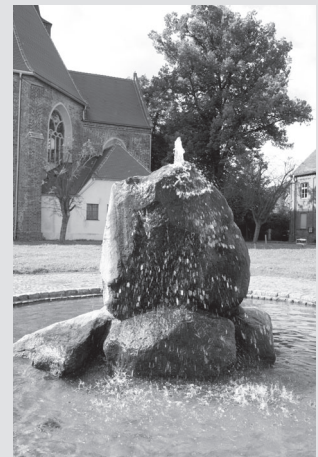
reges Markttreiben. Auch mit Zeitungen wie „nd“, „Junge Welt“ oder „Rotfuchs“ wurde man versorgt.

Ich interessierte mich besonders für die beiden Stände mit der Ausstellung der Kleinen Zeitungen, nahm mir verschiedene Exemplare aus anderen Kreisen mit. Natürlich gab es dabei Diskussionen und auch unterschiedliche Meinungen.

Fortsetzung auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 8

Zitiert ...

Jeder Tag, an dem du nicht lächelst, ist ein verlorener Tag.

Charlie Chaplin (1889 - 1977)

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

Mit großem Interesse habe ich das Interview mit Tino Eisbrenner verfolgt, das Dagmar Enkelmann mit ihm auf der Bühne führte.

Mir hat dieser Tag gut gefallen und viel gegeben. Es war eine freundschaftliche Atmosphäre, gelöste Stimmung in dem anregenden Ambiente des gepflegten Ensembles „Alter Gutshof“.

Schade, dass ich nicht alles, was mich interessierte, auch wahrnehmen konnte – so ist das eben.

Den Veranstaltern in Strausberg ist großes Lob zu zollen für dieses gelungene Friedensfest, das ich im nächsten Jahr wieder besuchen will.

Die Atmosphäre auf dem Friedensfest erinnerte mich an unser jährliches Familienfest am 1. Mai in Luckenwalde. Es gab ab 11:00 Uhr ein ständig wechselndes Kulturprogramm und viele Stände. Besonders Bücher standen hoch im Kurs, u.a. am Stand des „neuen deutschland“. „Der kleine Buchladen“ war vertreten, Falk Thielicke vom Minibuchladen aus dem Berliner Nicolaiviertel konnte ich begrüßen. Schließlich kommen seit Jahren seine Mutter und seine Frau mit Minibüchern zu unserem Familienfest.

Die Strausberger LINKE hat den Vorteil, ein „Kreativzentrum“ auf dem Veranstaltungsplatz zu haben, so dass auch Lesungen, Gesprächsrunden ungestört stattfinden können. Auch an die Kinder war gedacht, wie wir es von Luckenwalde kennen.

Mich haben die Werkstatt der Zeitungsmacher und das Friedensfest stark beeindruckt.

*Christa Zernick, Am Mellensee
Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal*

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming

Erfahrungen austauschen - Die billigste Investition

Das ist natürlich der Erfahrungsaustausch. Diese Binsenweisheit aus DDR-Zeiten gilt auch noch in der Gegenwart und besonders dann, wenn sich am Rande des 22. Friedensfestes in Strausberg die „Macher“ kleiner linker Zeitungen treffen. Die „LinksBlick“-Redaktion war mit 50 % ihrer Mannschaft gut vertreten.

Der Einführungsvortrag von Heiko Hilker vom Dresdener Institut für Medien, Bildung und Beratung verdeutlichte, welche „Möglichkeiten“ DIE LINKE in Brandenburger Medien hat. Die „Kleinen Zeitungen“ sind ein probates Mittel, überhaupt an die Öffentlichkeit zu gelangen. Wie oft hören wir: „Was in eurer Zeitung steht, finden wir in der MAZ/Lausitzer Rundschau nicht.“

Das Treffen der ehrenamtlichen Redakteure zeigte, dass monatlich ca. 285.000 Exemplare unterschiedlicher „Kleiner“ Zeitungen die Leser erreichen – eine stattliche Anzahl. Da nehmen sich unsere 2.000 Exemplare mit zwölf Seiten pro Monat recht bescheiden aus. Aber wir verteilen nicht flächendeckend, wie es in einigen anderen Kreisen geschieht, sondern an Mitglieder und Sympathisanten/Interessierte.

Sowohl der Landesvorstand als auch die Landtagsfraktion, das kom-



Dagmar Enkelmann im Gespräch mit Tino Eisbrenner

munalpolitische forum Land Brandenburg e. V. und die Rosa-Luxemburg-Stiftung wollen uns in unserer nicht immer leichten Arbeit unterstützen.



Musik mit Leidenschaft

Fotos: Petra Haase

Wir haben die Zeitungen anderer Kreise mitgenommen und werden sie für unsere Arbeit auswerten.

Wer nicht dabei sein konnte, hat etwas verpasst.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



Als Polit-Thriller ungeeignet

In jeder Gesellschaft gab und gibt es Probleme bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Besonders in der Nachkriegszeit sind in dem vom Hitlerfaschismus hinterlassenen Chaos viele Menschen, so auch Jugendliche, in Heimen untergekommen.

In der DDR wurden nach und nach soziale Bedingungen geschaffen, die als Gründe für eine kriminelle Entwicklung ausgeschlossen werden konnten.

Den Kindern und Jugendlichen wurde die ganze Fürsorge des Staates zuteil. Selbst all denen, die sich besonders gern öffentlich als „politisch Verfolgte des SED-Regimes“ präsentieren, so beispielsweise die Pfarrerstochter aus Mecklenburg, ist eine persönliche Entwicklung zuteil geworden, die weiten Teilen der Kinder und Jugendlichen hierzulande (besonders dem nach der Wende geschaffenen Prekariat) überhaupt nicht mehr möglich ist.

Gerade für Kinder und Jugendliche wurden soziale Leistungen erbracht, zu denen die reiche bundesdeutsche Gesellschaft trotz medienwirksamer Beteuerungen nicht in der Lage ist, ein aktuelles Stichwort – Kitaplätze!

Für Kinderheime in der DDR gab es vielfältige Gründe: z.B. Arbeit der Eltern, Eltern waren aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage, die Erziehung zu gewährleisten, einige wenige ließen ihre Kinder im Stich, um einem besseren Leben in der BRD nachzugehen. Kinder und Jugendliche, die straffällig wurden, sind rechtskräftig zu Haftstrafen verurteilt worden, die in Jugendwerkhöfen abgeleistet werden mussten. Ich gehe davon aus, dass Betroffene, denen tatsächlich Unrecht widerfahren ist, den offiziellen Rechtsweg der BRD in Anspruch genommen haben.

Die bundesdeutschen Medien sehen das so: „Sie sollten sozialistische Idealmenschen werden, umerzogen mit allen Mitteln. Eiskalte Zwangsducken, Strafhungen und Schläge ge-

hörten für viele DDR-Heimkinder zum Alltag. Mehr als 400.000 traf dieses Schicksal zwischen 1949 bis 1990 in Jugendwerkhöfen und Heimen der DDR. Viele leiden heute noch unter den seelischen und körperlichen Folgen.“

Das Bundeskabinett hat nun mit den ostdeutschen Ländern einen Fonds gebildet, mit dem DDR-Heimkinder unterstützt werden sollen. Zum 1. Juli 2012 sollten 40 Millionen Euro in den Fonds fließen. Damit sollen therapeutische Behandlungen, Beratungen und Rentenersatzleistungen bezahlt werden. Die Höchstsumme pro Person beträgt 10.000 Euro.

Es kann durchaus vermutet werden, dass diese Summe unter den in die soziale Abwärtsspirale Geratenen finanzielle Begehrlichkeiten weckt.

Es sei noch angemerkt, dass im Dezember 2010 ein Abschlussbericht über die Zustände in der BRD vorgelegt wurde. Darin wird aufgezeigt, dass in der Heimerziehung die Rechte der Heimkinder durch körperliche Züchtigungen, sexuelle Gewalt, religiösen Zwang, Einsatz von Medikamenten und Medikamentenversuche, Arbeitszwang sowie fehlende oder unzureichende schulische und berufliche Förderung massiv verletzt wurden.

Der bürgerlichen Politologie zufolge hat in der DDR alles noch viel schlimmer gewesen zu sein.

Wer nun seine Freude daran hat, dieses Thema zur verordneten Delegitimierung der DDR hochzustilisieren, dem sei dies unbenommen. Nur diese unseriöse Aufarbeitung ist eindeutig gegen die gesamte Bevölkerung der DDR gerichtet, insbesondere gegen die vielen Erzieher, die ihre ganze Kraft für eine gedeihliche Entwicklung der ihnen Anvertrauten dafür eingesetzt haben.

Weshalb ich so erbost bin? Unsere Familie - und nicht nur unsere - hat

eine Patenschaft über ein Heimkind übernommen, deren Eltern aus persönlichen Gründen ihren Erziehungsaufgaben nicht nachkommen konnten. Diese Freundschaft besteht heute noch und sagt mehr aus als die Schlagzeilen der Süddeutschen Presse: „Zum sozialistischen Idealmenschen geprügelt“.

Manfred Gustke, Luckenwalde

Friedensmahnwache in Potsdam

Die „Friedenskoordination Potsdam“ hatte zum 01.09.2012, dem Weltfriedenstag, zur Mahnwache am Deserteurdenkmal aufgerufen.

Etwa 50 Teilnehmer zeigten erfreulicherweise, wie wichtig ihnen dieses Thema ist.

Dr. Frank Baier sprach über die furchtbaren Kriege der vergangenen Jahrhunderte in Europa. Wie diese immer unmenschlicher wurden und was für Leid und Elend daraus entstanden sind.

Krieg darf weltweit nicht mehr als letztes Mittel der Politik verharmlost werden.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen sofort beendet und dürfen nie mehr zugelassen werden.

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

Weitere Teilnehmer brachten ihren Friedenswillen zum Ausdruck und auch ich beteiligte mich mit drei Gedichten zum Thema.

Anschließend wurde noch mit Blumen am Deserteurdenkmal und am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus im Stillen gedacht.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Neues aus dem Kreistag

Zum Abschluss der Ermittlungen gegen den Landrat und zum beantragten Strafbefehl mit hinreichendem Tatverdacht wegen Vorteilsnahme und Untreue und dem Schuldeingeständnis von Peer Giesecke verständigten sich in einer Sondersitzung die Linksfraktion im Kreistag Teltow-Fläming und der Kreisvorstand der LINKEN.

Dazu erklären die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE., **Kornelia Wehlan**, auch Kreisvorsitzende, und **Hans-Jürgen Akuloff**:

Die Aussprache in Fraktion und Kreisvorstand war konsequent - ein Abwahantrag ist notwendig:

Kornelia Wehlan: „Ohne Tabu, sachlich und offen sind die Vorwürfe der

Staatsanwaltschaft Neuruppin gegen den Landrat von Teltow-Fläming angesprochen und debattiert worden.

Peer Giesecke selbst hat sich den Fragen der Abgeordneten und Vorstandsmitglieder der LINKEN selbstkritisch und in der gebotenen politischen Verantwortung für den Landkreis und für die Kreisverwaltung gestellt. Mit der Anerkennung des beantragten Strafbefehls geht es um die politische Verantwortung in Anbetracht eines Schuldeingeständnisses wegen Vorteilsnahme und Untreue. Das war allen Anwesenden klar.“ Jürgen Akuloff zu diesem Thema: „... dass nichts so weitergehen kann und wird, wie es war.

Wir haben die Erwartung an die mandatstragende SPD-Fraktion des

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming

Landrates, dass sie die erforderlichen Entscheidungen für den Kreistag fraktionsübergreifend und zeitnah vorbereitet, wenn der Strafbefehl Rechtskraft erlangt. Mit dem Schuld eingeständnis sehen die Linksfraktion im Kreistag und der Kreisvorstand der LINKEN in einem Abwahantrag die notwendige politische Konsequenz und unterstützen diesen.“

Arbeit im Jugendhilfeausschuss des Kreises

Schweren Herzens haben die Mitglieder der LINKEN im Jugendhilfeausschuss der neuen Jugendförderrichtlinie zugestimmt, enthält die Richtlinie doch erhebliche Einschnitte in der Förderung der Sach- und Betriebskosten. So wird die Förderung dieser Kosten 2013 durch den Landkreis um 25% auf 75% gesenkt und 2014 nochmals um 25% auf dann 50%. Die Kommunen sind dann gefordert, die entsprechenden Kosten zu tragen. Auch in einigen Details der Richtlinie sind weitere Einsparungen vorgesehen. Bereits im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 28. August war gerade um diese Kürzungen eine heftige Debatte entbrannt. Auch über die Bedenken einzelner Kommunen und Träger gegen diese Richtlinie wurde diskutiert. Nachdem die Richtlinie Punkt für Punkt beraten wurde, empfahl der Unterausschuss mit den zwei Stimmenthaltungen der LINKEN dem Jugendhilfeausschuss die Annahme. In unserer Fraktions-sitzung am 3. September hatten wir den zuständigen Dezernenten, Horst

Bührendt, zu Gast. Dieser nahm auch Stellung zu den geäußerten Ängsten einzelner Kommunen und Träger. Daraufhin haben wir uns verständigt, unsere Zustimmung von der Annahme eines zusätzlichen Protokollvermerks abhängig zu machen. Dieser Protokollvermerk umfasst zwei Punkte:

1. Der Landkreis Teltow-Fläming hat dafür Sorge zu tragen, dass im Prozess der Umsetzung der Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Landkreis Teltow-Fläming für den Zeitraum 2013 und 2014 keine der als notwendig und bedarfsgerecht festgestellten Aufgaben wegen Zahlungsunfähigkeit von Ämtern und Kommunen wegfallen.

2. Der Landkreis Teltow-Fläming stellt mit dem Amt Dahme und den Kommunen Einvernehmen zur Gesamtfinanzierung der von Land, Kreis und Kommunen geförderten Personalkosten, Sach- und Betriebskosten auch für Maßnahmen und Aufgaben,

die von freien Trägern durchgeführt werden, her.

Punkt 1 stellt klar, dass der Landkreis, in welcher Form auch immer, selbst wenn Kommunen außerstande sind, Sach- und Betriebskosten mitzufinanzieren, die Aufgaben in der Jugendarbeit realisiert werden.

Punkt 2 markiert deutlich, dass Kreis und Kommune sich einigen müssen und dies zu Lasten der freien Träger geht.

Dieser Protokollvermerk wurde vom Jugendhilfeausschuss einstimmig angenommen. Ein Erfolg!

Eine Ablehnung der Richtlinie hätte keine Mehrheit gefunden. Mit dem Protokollvermerk ist abgesichert, dass keine der notwendigen Aufgaben in der Jugendarbeit wegen Unterfinanzierung aufgegeben wird. Dies war, wenn auch schweren Herzens, das politisch Machbare.

*Dr. Rainer Reinecke, Zossen
Mitglied im Jugendhilfeausschuss*

Sparen an der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Aus der Beratung des Jugendhilfeausschusses

Schon 2011 hatte das Jugendamt versucht, den kreislichen Anteil an der Personalkostenförderung zu kürzen. Das gelang nicht, der Protest war zu groß. Bis 2013 bleibt die alte Regelung bestehen.

Jetzt gab es einen neuen Anlauf in Richtung Förderung der Sach- und Betriebskosten und es ist einstimmig beschlossene Sache. Für 2013 gibt es ca. 30.000 Euro weniger und für 2014 sind es ca. 60.000 Euro. Und das alles vor dem Hintergrund, dass 2010 ca. 164.000 Euro eingespart wurden und 2011 waren es genau 112.872 Euro (beides Antworten zu Anfragen unserer Kreistagsfraktion).

Gründe: Die Kommunen konnten nicht gegenfinanzieren, damit wurden Stellen nicht besetzt oder För-

derbereiche wie außerschulische Jugendbildung bzw. Jugendinitiativen sind nicht gefragt, weil die Antragstellung viel zu kompliziert ist.

In der Begründung des Beschlusses heißt es: „Es war Konsens bei den Trägerberatungen, dass gekürzt werden soll.“ Durch meine Teilnahme an diesen Beratungen ist mir aber bekannt, dass fünf Träger dagegen waren und sich drei enthalten haben. Außerdem waren fast ein Drittel der Träger gar nicht anwesend.

Verschärfend wirkt dann noch, dass der Stellenanteil bei der Betriebskostenförderung berücksichtigt wird, was noch nie der Fall war, z. B. wird bei einer halben Stelle noch mal halbiert.

Da hilft auch die auf Antrag unse-

rer Ausschussmitglieder beschlossene Regelung wenig, dass der „Kreis mit den Kommunen/Trägern über die Gesamtfinanzierung Einvernehmen herstellen muss.“

Dazu gibt es keine Kriterien. In letzter Instanz entscheidet die Kommunalaufsicht über einen unausgeglichene Haushalt und dann wird bei den freiwilligen Ausgaben gestrichen.

Fazit:

1. Die neue Förderrichtlinie mit ihren Einsparungen war überhaupt nicht notwendig, weil das Geld sowieso nicht ausgegeben wurde.
2. Leidtragende sind die Kinder und Jugendlichen.

*Manfred Thier
Jugendarbeiter*

Podiumsdiskussion in Finsterwalde

„DGB-Kreisverband“ und „Gewerkschaftlicher Erwerbslosen- Arbeitskreis (GELA)“ haben am 07.08.2012 zur Diskussion um Arbeitszeitverkürzung gerufen und viele sind gekommen! Der Raum füllte sich zusehends und war mit 36 Teilnehmern gut gefüllt.

Dr. Rainer Thiel belegte die Entwicklung der Arbeitszeitverkürzung im 19. und 20. Jahrhundert.

Um 1850 waren etwa 80 Stunden pro Woche Normalität. 1875 wurden daraus meist 60 Stunden. 1918 wurden 48 Wochenstunden proklamiert.

Durch Aufbau, Kriegsvorbereitungen usw. wurde dieser Prozess durchbrochen und es trat eine gegensätzliche Entwicklung ein.

Nach 1945 wurden wieder 48 Stunden allgemein normal, doch schon 1948 ging es in der BRD zur 45-Stunden-Woche über.

Weitere zehn Jahre vergingen bis zur 40-Stunden-Woche. Etwa um 1980 kam in der BRD dann die 35- bis 38-Stunden-Arbeitswoche. In der

DDR hat diese Entwicklung etwas länger gedauert und wir hatten bis zuletzt die 43,45 Stunden-Woche als gesetzliche Arbeitszeit.

Es war trotz allem allgemein eine stetige Entwicklung zu kürzeren Arbeitszeiten. Diese wurden durch Rationalisierung und Automatisierung ermöglicht und durch Leistungsverdichtung notwendig. Gleichzeitig wurde damit Massenarbeitslosigkeit verhindert. Es herrschte ein Ausgleich der Kräfte.

Jetzt ist wieder höchste Zeit für weitere Arbeitszeitverkürzungen, denn es ist nichts mehr ausgewogen und die Reichtumsschere öffnet sich rasant. Darum wurde auch besonders auf „Umfairteilen“ hingewiesen.

Anschließend fand noch eine rege Diskussion statt. Es war ein aufschlussreicher und interessanter Spätnachmittag. Einen herzlichen Dank an die Organisatoren, besonders an Heidrun Elsner.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf



Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

Politikwechsel geht anders

Bernd Riexinger übt scharfe Kritik am Rentenkonzept der SPD-Spitze. Die SPD muss sich von ihren Lebenslügen verabschieden. In der rot-grünen Regierungszeit wurde die Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent beschlossen. Gemeinsam mit der Union hat die SPD 2007 die Rente ab 67 durchgepeitscht. Das sind die Gesetze, die heute und in Zukunft die Rente nach unten drücken und die Menschen in die Altersarmut treiben. An beiden Gesetzen hält die SPD-Spitze fest, weil sie eigene Fehler nicht eingestehen kann. Das ist rentenpolitischer Autismus. Es ist in Zeiten implodierender Finanzmärkte geradezu absurd, Betriebsrenten praktisch zur Pflicht zu machen.

Dieses Rentenkonzept ist der Masterplan für den Gang in eine große Koalition. Politikwechsel geht anders. Wir werden mit einem eigenen Konzept in die Debatte gehen. Ohne eine Rücknahme der beschlossenen Rentenkürzungen, ohne Aussetzung der Rente ab 67 und ohne eine armutsfeste Mindestrente lässt sich die drohende Welle der Altersarmut nicht brechen.

Rentenerhöhung statt Beitragssenkung notwendig

Die Senkung des Rentenbeitrags ist eine Mogelpackung. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bringt die Beitragssenkung netto zwar acht Euro mehr im Monat. Dafür drohen in den kommenden Jahren aber weiter massive Rentenkürzungen, weil die Renten langsamer als Löhne und Preise steigen.

Wir werden gegen dieses Gesetz entschiedenen Widerstand leisten. Eine Sperrmehrheit ist möglich. Wir schlagen einen Verzicht auf weitere Beitragssatzsenkungen vor und wollen eine echte Rentengarantie.

Es muss per Gesetz festgeschrieben werden, dass das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente nicht weiter absinkt. Die Renten müssen wieder mit den Löhnen steigen.

Die Koalition sollte endlich die dringend notwendigen Konsequenzen aus dramatisch wachsender Altersarmut ziehen. Notwendig dafür wäre eine solidarische Rentenversicherung als Alterssicherung, die zu einer gesetzlichen Rente für alle deutlich über der Armutsgrenze führt und den erarbeiteten Lebensstandard weitgehend sichert.

Der Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Matthias Höhn, kündigt den Widerstand der Partei DIE LINKE gegen das Vorhaben an und verlangt neben dem Verzicht auf die Beitragssenkung die Einführung einer „echten Rentengarantie“.

Auflösung aller Geheimdienste

Die deutschen Inlandsgeheimdienste haben sich selbst jede Legitimationsgrundlage entzogen. Vorgänge der jüngsten Zeit haben gezeigt, dass die Schlapphüte unverbesserlich nach dem Prinzip Spitzeln, Lügen, Vertuschen verfahren.

Die Inlandsgeheimdienste haben zu keinem Zeitpunkt einen Beitrag zur Eindämmung des braunen Terrors geleistet. Der Verdacht, dass die braune Terrorzelle unter den Augen von MAD und Verfassungsschutz mordete, ist immer noch nicht ausgeräumt.

Die V-Leute des Verfassungsschutzes blockieren seit Jahren ein Verbotverfahren gegen die NPD. Das Maß ist voll. Ich begrüße, dass sich nun auch die Grünen unserer Haltung anschließen. Wir bleiben dabei: Geheimdienste sind überflüssig. Sie nutzen nichts und schaden viel. Wir wollen alle Geheimdienste auflösen. Schluss mit der Spitzelei!



Gemeinsam mit guten Inhalten ins Wahljahr

Die Debatten, die die Bundestagsfraktion während ihrer Klausur führte, waren inhaltsreich und produktiv. Die Abgeordneten widmeten sich Kernthemen: Euro- und Finanzkrise, Renten und Altersarmut, die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland und Europa waren Gegenstände der Debatte. Abschließend ging es um die politischen Schwerpunkte für das kommende Sitzungsjahr mit Blick auf die Bundestagswahl und deren Umsetzung. Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi schaut optimistisch auf die nächsten Monate: „Wir haben inhaltliche Angebote, die wahrgenommen werden.“

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung. Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe. Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag. Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.
Im Jahresabo für 21,60 Euro:
DISPUT. Mitgliederzeitschrift
der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
disput@die-linke.de
Telefon (030) 24 00 95 10

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Aus der Stadtverordnetenversammlung Zossen

Radwege im Land Brandenburg

Im Land Brandenburg gibt es zurzeit etwa 1.900 km Radwege an Bundes- und Landesstraßen. Hinzu kommen noch Radwege an kommunalen Straßen.

Für Zossen als Flächengemeinde möchten wir, dass die Radwege zwischen den zehn Ortsteilen ausgebaut und gepflegt werden. Zum einen wollen wir die Schulwege sicherer gestalten. Zum anderen möchten wir auch für die älteren Einwohner die Stadt insgesamt mit Radwegen – gerade auch mit innerörtlichen – zugänglich machen.

In Zossen fehlen allerdings noch wichtige Verbindungen. Dennoch stockt der Ausbau der Radwege. Selbst die lange geplanten kommunalen Radwege am Nottekanal und zwischen Kallinchen und Schöneiche kommen nicht voran.

„Aufschrei“ oder Demokratie?

Am 3. September 2012 wandten sich die Landesvorsitzenden der LINKEN Ost und die LINKEN Fraktionsvorsitzenden der östlichen Bundesländer in einem offenen Brief an die beiden Parteivorsitzenden, Katja Kipping und Bernd Riexinger.

Sie machten auf die Schwierigkeiten der Vereinigung der LINKEN aufmerksam. „Vereint werden wollen Alt-PDSler mit Gewerkschaftern und ALT-SPDlern. Vereint werden wollen quelparteierfahrene Mitglieder und parteipolitisch unerfahrene Mitglieder. Vereint werden wollen Mitglieder, die in Westdeutschland sozialisiert worden sind mit denen, die ihre Sozialisation in Ostdeutschland erfuhren. Mehr noch: In unserer Partei zusammenfinden wollen und müssen Jüngere, die im vereinigten Deutschland erwachsen geworden sind, mit Älteren, die in einem der beiden deutschen Staaten aufgewachsen sind. Ein Zusammenwachsen auf Augenhöhe, das haben wir immer gesagt, ist gewollt ...“

Zwischenzeitlich haben die Landes- und Bundesregierung das Radwegebauprogramm erheblich zusammengestrichen. Dagegen wurden die Mittel für den Straßenbau deutlich erhöht. Hier müssen sich die Prioritäten zugunsten des Radwegebaus ändern.

Im „Bauprogramm der Radwege an Bundesstraßen bis 2015“ sind für Zossen bislang die Radwege zwischen Schünow und Nächst Neuendorf sowie zwischen Neuhof und Wünsdorf vorgesehen. Der Bau dieser dringend benötigten Verbindungen wurde immer wieder verschoben. Wir machen uns dafür stark, dass diese beiden Wege nicht gestrichen werden. Hierzu haben wir die Verantwortlichen in Land und Bund aufgefordert, tätig zu werden.

Die Verfasser betonen die besonderen Erfahrungen der Mitglieder, die in der DDR aufgewachsen sind, die heute in Parlamenten verschiedener Ebenen LINKE Politik für die Menschen machen, die in der bundesrepublikanischen Politik keine Lobby finden. Diese Erfahrungen der Linksfraktionen wollen wir an die Westverbände vermitteln. Es soll keine Zeigefinger-Belehrung sein; es dient dem gegenseitigen Kennenlernen, der Achtung und dem Respekt voreinander.

Auch der Hinweis auf Mängel in der Beitragsehrlichkeit ist gerechtfertigt; schließlich finanzieren wir unsere politische Arbeit von den Mitgliedsbeiträgen.

Dass die Delegiertenschlüssel zu Gunsten der Westverbände nur eine Übergangslösung sind, ist lange bekannt. Die Verfasser des Briefes unterbreiten ihre Vorschläge für die Zeit danach.

Ich sehe in dem Brief keinen „Aufschrei“ der Ostverbände gegen den Bundesvorstand. Ich finde diesen

Die Stadtverordneten hatten 2011 beschlossen, dass die Stadtverwaltung mit dem Landesbetrieb Straßenwesen in Verhandlungen treten soll. Sie sollte klären, bei welchen Radwegen die Stadt in Vorleistung gehen kann, damit die Umsetzung beschleunigt wird. Diese Verhandlungen müssen jetzt begonnen werden.

Diskutieren Sie dieses Thema mit uns!

Kontakt:

E-Mail: carsten.preuss@t-online.de,
Tel.: (03377) 303439

E-Mail: juergensteinert@t-online.de
Tel.: (03377) 202591

*BO DIE LINKE. Zossen
Fraktion SPD – DIE LINKE.Zossen*

Brief ein Beispiel für die innerparteiliche Demokratie, sein Mitspracherecht wahrzunehmen und die Verantwortung nicht nur den Mitgliedern des Vorstandes zu überlassen.

Bernd Riexinger betonte in einem Interview: „Ich kann nachvollziehen, wenn mehr Respekt vor der Arbeit der Ostverbände eingefordert wird, zum Beispiel was die kommunalpolitische Verankerung der Partei in den östlichen Ländern angeht. Aber da rennen die Autoren bei uns offene Türen ein.“

Außerdem haben Klausuren des Bundesvorstandes und der LINKEN Bundestagsfraktion mit den Vorsitzenden der LINKEN Landtagsfraktionen bundesweit die Gedanken dieses Briefes aufgegriffen.

„Und solange es um inhaltliche Fragen geht, sind Auseinandersetzungen in der LINKEN, auch öffentlich geführte, für die Partei nichts Beunruhigendes.“ (Bernd Riexinger)

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Diana Golze bewirbt sich für die Kandidatur im Wahlkreis 60

Die Bundespolitik hat die Probleme der ländlich geprägten Regionen aus den Augen verloren. Von Jüterbog über Brandenburg an der Havel bis nach Rathenow haben wir immer noch jede Menge Probleme: prekäre Beschäftigung, Aufstocker, Schulschließungen und Abwanderung, Erwerbslosigkeit, Kinder- und Altersarmut sowie Rechtsextremismus.

Die letzten beiden Regierungen haben dafür gesorgt, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland weiter öffnet. Die Rente erst ab 67, die Verweigerung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Anrechnung des Elterngeldes auf das ALG II sind hier nur einige Beispiele. Leider waren in dieser Hinsicht die Kollegen Voßhoff und Steinmeier nicht immer hilfreich, beispielsweise als sie die Anträge meiner Fraktion zur längst überfälligen Angleichung der Renten zwischen den west- und ostdeutschen Ländern abgelehnt haben.

Die nächsten Jahre werden weitere Herausforderungen mit sich bringen, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger bewältigt werden müssen. Deshalb sage ich: Auf ein Neues! Ja, ich trete wieder an - auch als Korrektur zu CDU und SPD.

Bei meiner kürzlichen Sommertour mit der Landesgruppe der LINKEN erreichten mich zahlreiche Anfragen,

ob ich erneut für den Bundestag kandidiere, insbesondere nach Medienberichten, wonach meine politischen Mitbewerber im hiesigen Bundestagswahlkreis, Frau Voßhoff und Herr Steinmeier, bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr antreten werden.

Ich trete erneut für den Wahlkreis an und nicht für die große Weltpolitik. Ich werde mich weiterhin sowohl im Wahlkreis als auch im Bundestag für den Ausbau von flächendeckenden Kita-Angeboten, für die Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen und für eine bedarfsorientierte Kindergrundversicherung einsetzen. Im politischen Fokus steht für mich die Bekämpfung eines der größten Übel in unserer Gesellschaft, nämlich über zwei Millionen Kinder in Armut.

Viele Menschen aus meinem Wahlkreis haben mich bei zahlreichen Vor-Ort-Terminen in den zurückliegenden Wochen und Monaten bestärkt, meine Arbeit im Bundestag fortzusetzen. Das ist eine starke Motivation.

Für den Wahlkampf im kommenden Jahr hoffe ich auf zahlreiche Veranstaltungen, bei denen alle Direktkandidatinnen und -kandidaten den Bür-



Diana Golze

Foto: Johanna Bergmann

gerinnen und Bürgern vor Ort Rede und Antwort stehen. Ich wünsche mir eine ehrliche politische Abrechnung der vergangenen Wahlperioden. Den Auftakt bildet die Wahlkreis-Konferenz am 16.11.2012 im Kulturzentrum Rathenow, Märkischer Platz 3.

Hier bewirbe ich mich bei den Mitgliedern der LINKEN als Direktkandidatin.<



Auflösung BilderRätsel

Der Turm ist Bestandteil der Stadtbefestigung der Stadt Jüterbog, von der bedeutende Teile erhalten sind.

Die Ersterwähnung einer Mauer erfolgte im Jahre 1335. Die ältesten Mauerteile, so auch bei diesem Turm, sind aus Feldsteinen. Danach wurde Backstein verwendet. Der quadrati-

sche Turm ist mit Blenden und Friesen dekoriert.

Von der Stadtbefestigung sind fünf Türme, darunter auch ein schiefer, sowie drei Haupttore, das Dammtor, das Neumarktort und das Zinnaertor, erhalten.<

Brandenburger Abgeordnete auf Sommertour

Nach dem Besuch des Bückergeländes trafen sich Mitglieder und Sympathisanten des Ortsverbandes Rangsdorf mit den Bundestagsabgeordneten Thomas Nord, Dagmar Enkelmann und Diana Golze sowie mit der Vorsitzenden unseres Kreisverbandes, Kornelia Wehlan, in den Räumen der Firma Natur & Text.

Reinhard Baier, Geschäftsführer dieses Unternehmens, Mitglied der Partei und berufener sachkundiger Bürger, stellte sein Unternehmen vor und sprach über Erwartungen, die er - von seiner beruflichen und umfangreichen ehrenamtlichen Arbeit im Bereich des Natur- und Umweltschutzes ausgehend - an die Öffentlichkeitsarbeit der Partei bzw. der Abgeordneten hegt.



Gedankenaustausch

Fotos: Axel Claus, Rangsdorf

Es war ein sehr „formloses“, wirklich aufgeschlossenes Zusammenreffen zwischen den Besuchern, den Abgeordneten der Gemeinde Rangsdorf, Hartmut Rex, Alexander Boldt, den sachkundigen Bürgern Axel Claus und Reinhard Baier sowie Genossen der Basisgruppe und den anwesenden Sympathisanten.

Man plauderte zunächst bei einem kleinen Imbiss über die bisherigen Ergebnisse des Besuchsprogramms und die Eindrücke, die gewonnen wurden. Dies war der Ausgangspunkt für eine Diskussion über die Möglichkeiten, die Politik und Ziele

der Linkspartei in den Medien so zu präsentieren, wie man es sich wünschen würde und wie es dem realen politischen Handeln vor allem in der Landesregierung Brandenburg entspricht. Leider wird das politische Wirken der Linkspartei deutlich unterbeleuchtet.

Kornelia Wehlan, gleichzeitig Landtagsabgeordnete, verdeutlichte, dass die LINKE als Koalitionspartner in Brandenburg derzeit Projekte mit

umsetzen muss, gegen die sie vorher in der Opposition gestimmt hat. Dabei wird jedoch alles versucht, diese Projekte im Sinne der wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Linkspartei zu gestalten. Der muntere Gedankenaustausch war für alle anregend und interessant. Er wäre weitergegangen, wenn die Teilnehmer nicht zur öffentlichen Veranstaltung der Abgeordneten Thomas Nord, Dagmar Enkelmann und Kornelia Wehlan zum Thema BER in die Oberschule in Rangsdorf hätten aufbrechen müssen.

Veranstaltung in der Aula der Oberschule

Angesichts der aktiven und rebellischen Atmosphäre Hunderter Rangsdorfer Bürger bei vorangegangenen Meetings und der Teilnahme an zahlreichen Demonstrationen gegen die



Thomas Nord und Kornelia Wehlan

Flugrouten und für einen ordentlichen Lärmschutz im Zusammenhang mit dem Bau des Flughafens Berlin-Schönefeld - BER - wurde davon ausgegangen, ebenso rebellische Zuhörer für die Position der LINKEN vorzufinden.

Die Teilnahme ließ ohne Zweifel zu wünschen übrig. So konnte man zu der Einschätzung kommen, dass die Bürger dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative Schallschutz (BISS), Robert Nicolai, das Handeln und Argumentieren überließen.

Der Ortsverband bringt hiermit nachhaltig zum Ausdruck, dass er das Volksbegehren als ein wichtiges Element der Demokratie betrachtet und voll unterstützt. Er ruft alle Bürger auf, nicht mehr zu zögern und zu warten und die Unterschrift zu leisten. Damit wird zu einem erfolgreichen Abschluss des Volksbegehrens beigetragen und es werden die bisherigen Proteste bestätigt.

Achim Reichardt, Rangsdorf

DIALOG
FÜR EIN BRANDENBURG
DER REGIONEN

Die ganz besondere Reise

Erst Anfang dieses Jahres gab mir meine Buchhändlerin den Vorabdruck eines Buches mit der Bitte, mein Urteil darüber zu geben.

Ich las es und war begeistert. Inzwischen hat es die Bestsellerlisten erstürmt, was allerdings nicht viel heißen soll. Jedenfalls sagen diese Listen selten etwas über literarische Qualität aus.

Dieses Mal hat der Roman es verdient, viel gekauft und vielleicht sogar gelesen zu werden. „Die unwahrscheinliche Pilgerreise des Harold Fry“ von Rachel Joyce.

Die Handlung ist ganz geradlinig. Harold will eigentlich nur zum Briefkasten. Doch dann läuft er 1.000 km weit zu Fuß, von Südeuropa bis an die schottische Grenze.

Die Postkarte ist an die ehemalige Kollegin Queenie gerichtet, die

an Krebs erkrankt ist und in einem Sanatorium auf den Tod wartet. Immer wieder ermahnt er sie auf dem langen Fußmarsch durchzuhalten: „Ich bin auf dem Weg. Du musst nur durchhalten. Ich werde Dich retten, Du wirst schon sehen. Ich werde lau-



fen und Du wirst leben.“

Harold trägt Segeltuchschuhe, er wollte ja nur bis zum nächsten Briefkasten. Diese Schuhe sind leitmotivisch für die Strapazen des eher unsportlichen Harold und für den

unbedingten Willen, Queenie noch lebend anzutreffen.

Harold macht auf dem Weg einen Wandlungsprozess durch, in dem er seine Rolle als Ehemann und Vater schonungslos hinterfragt und dadurch zu tiefgreifenden Einsichten gelangt. Unterwegs trifft er die unterschiedlichsten Menschen, mit denen er ins Gespräch kommt. Es sind nur ganz kurze Gespräche, aber sie beinhalten jeweils ein ganz spezielles Schicksal, das das Sujet für ein gesondertes Buch ergeben könnte.

Der Roman ist voller anrührender Gedanken und Begebenheiten, die den Leser veranlassen, sich dazu in Beziehung zu setzen. Er macht Hoffnung, dass ein klares Ziel und ein fester Wille einen Menschen schier unüberwindliche Schwierigkeiten doch überwinden lassen können.

Dr. Renate Klettke, Ludwigsfelde

Gesetzentwurf zu Altanschießern abgelehnt

Die Mehrheit der Landtagsabgeordneten hat mit den Stimmen der LINKEN einen Gesetzentwurf zur verpflichtenden Einführung von Musterklagen abgelehnt. Der innenpolitische Sprecher **Dr. Hans – Jürgen Scharfenberg**:

Untauglicher Gesetzentwurf – deshalb abgelehnt!

Erst hat die CDU 2004 und 2009 als Regierungspartei dazu beigetragen, dass Altanschießer nachträglich belastet werden. Jetzt hat sie nach vielen Jahren der Untätigkeit angeblich ihr Herz für die Altanschießer entdeckt und einen Gesetzentwurf zur verbindlichen Einführung von Musterklagen eingebracht.

Das grundsätzliche Anliegen beurteilt DIE LINKE ähnlich. Häufig gibt

es im Land Streit, wenn Bürger Beitragsbescheide erhalten.

DIE LINKE hat sich immer wieder energisch für die Belange der Altanschießer eingesetzt. Wir wollten eine konsequente Lösung mit einer Stichtagsregelung, konnten uns aber gegen die damalige Mehrheit aus SPD und CDU nicht durchsetzen. Auch aufgrund unseres Druckes entstand als Kompromiss das Modell der modifizierten Herstellungsbeiträge. Das setzen bisher aber nur wenige Zweckverbände um und lehnen immer wieder bereits jetzt mögliche Musterverfahren ab. Auch deshalb gibt es zahlreiche rechtliche Auseinandersetzungen, da so jeder Empfänger selbst klagen muss. Viele Menschen scheuen aber den Gang zu den Gerichten.

DIE LINKE befürwortet die Einführung von Musterverfahren. Dabei muss allerdings gesichert sein, dass diese rechtskonform ausgestaltet werden und dass sie wirklich zu einer Stärkung des Rechtsfriedens beitragen.

Der Gesetzentwurf der CDU hat dies alles nicht geboten. Er war handwerklich schlecht und nicht rechtskonform, da er teilweise in Bundesrecht eingegriffen hätte. Deshalb ist der CDU-Gesetzentwurf von allen Fraktionen mit 53 zu 17 Stimmen abgelehnt worden.

DIE LINKE ist aber weiterhin mit dem Koalitionspartner im Gespräch über die Einführung solcher Musterverfahren. <

NPD-Aufmarsch blockiert

3.000 gegen 80 NPDler, die nach fünf Stunden (!) unverrichteter Dinge wieder nach Hause geleitet wurden! Damit hat Potsdam erneut gezeigt, dass es eine weltoffene und tolerante Stadt ist, in der die Nazis nicht geduldet sind. Mit einem bunten, friedlichen und kreativen Protest haben die Bürgerinnen und Bürger erneut bewiesen, dass sie die menschenverachtende Ideologie und die dumpfen Parolen der Nazis ablehnen.

Der NPD ist es zum zweiten Mal innerhalb von 40 Tagen nicht gelungen, einen Marsch durch die Landeshauptstadt Potsdam zu veranstalten. Das ist das Verdienst von 3.000 Potsdamerinnen und Potsdamern, die durch den Besuch des Toleranzfestes und die Teilnahme an vier Gegendemonstrationen deutlich gemacht haben, dass die Rechtsextremen keinen weiteren Fuß in Potsdam setzen können. Die NPD verharrte von 11 Uhr an am südlichen Ausgang des Hauptbahnhofes und musste ihr Vorhaben, durch die Landeshauptstadt zu laufen, um 15:44 Uhr aufgeben. Das zeigt, dass die Zivilgesellschaft mit einem kraftvollen Auftritt solche Veranstaltungen verhindern kann. Wir müssen deutlich machen, dass Nazis in unseren Städten und Gemeinden nicht erwünscht sind. Mit einem bunten Programm, Musik und Information begann das 5. Fest für Toleranz. Oberbürgermeister Jann Jakobs begrüßte die Gäste. Anschließend ließen die Veranstalter vom Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ 169 Luftballons für die Todesopfer rechts-extremer Gewalt seit 1990 in den Himmel steigen. Die Gegendemonstrationen auf der Langen Brücke, am Brauhausberg, auf der Heinrich-Mann-Allee und der Friedrich-Engels-Straße verhinderten, dass die NPD ihren Ankunftsort am Hauptbahnhof verlassen konnte.

DIE LINKE.Brandenburg

Gewalt am Ende eines Festes

Kurz nach dem offiziellen Ende der Feierlichkeiten anlässlich des Fürstentages, gegen 23:10 Uhr, gab es auf dem Jüterboger Markt einen vermutlich gezielten Übergriff durch Rechte auf einen Stadtverordneten der LINKEN. Dieser erkannte die Gesinnung des Schlägers an der Kleidung und seinen Tatoos.

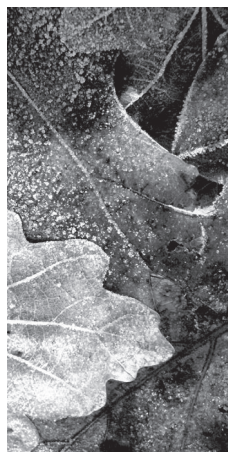
Nach einem wunderschönen Fest, bei dem er als verkleideter Schmied Stadtführungen machte, unterhielt sich der Betroffene in einer Gruppe und wurde ohne Vorwarnung aus dem Nichts durch einen Angreifer attackiert und mehrfach mit der Faust ins Gesicht und niedergeschlagen.

Durch Flucht und dank zweier couragierter Bürger, hinter denen sich der Betroffene nach der Flucht verstecken durfte, konnte er weiteren Angriffen entgehen.

Es wird Zeit, dass Politik und Zivilgesellschaft unserer Stadt akzeptieren, dass es bei uns ein Nazi-Problem gibt.

Außerdem werden wir uns vehement dafür einsetzen, dass die Polizeiversorgung der Stadt wieder wesentlich verbessert wird. Die Reaktionszeit der Polizei von knapp 40 Minuten nach Eingang des Notrufes ist einfach zu lang, was ausdrücklich nicht den Polizisten zuzuschreiben ist.

*Maritta Böttcher, Jüterbog
Fraktionsvorsitzende*



Beschluss des Kreisvorstandes DIE LINKE.Teltow-Fläming vom 17.09.2012

Die beteiligten Kreisvorstände der Partei DIE LINKE berufen zur Wahl der/des Direktkandidatin/en für den Wahlkreis 62 zur Wahl des 18. Deutschen Bundestages eine VertreterInnenkonferenz für **Freitag, den 07. Dezember 2012, 18 Uhr nach Königs Wusterhausen** (Landkreis Dahme-Spreewald) ein.

Die VertreterInnen sind in den jeweiligen Basisorganisationen oder Orts- bzw. Stadtverbänden nach dem Schlüssel 1:10 zu wählen. Jede Struktur erhält dabei ein Grundmandat.

Zum Wahlkreis 62 „Dahme-Spreewald - Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I“ gehören:

Landkreis Dahme-Spreewald,

vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz:

die Gemeinde Lübbenau/Spreewald

vom Landkreis Teltow-Fläming:
die amtsfreien Gemeinden Am Mellensee, Baruth/Mark, Blankenfelde-Mahlow, Luckenwalde, Niederer Fläming, Nuthe-Urstromtal, Rangsdorf, Trebbin, Zossen, das Amt Dahme/Mark (Gemeinden Dahme/Mark, Dahmetal, Ihlow).<

Wir trauern

Wir trauern um unseren Genossen
Herbert Herrmann.

Er wird nicht vergessen.

Regionalverband Teltow-Fläming Süd

Termine

12./13.10.2012

Klausur Kreistagsfraktion
und Kreisvorstand
Pension Bartsch Berkenbrück

15.10.2012 18:00 Uhr

Beratung Kreisvorstand
Rathaus Ludwigsfelde

17.10.2012 14:00 Uhr

Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

18.10.2012 19:00 Uhr

Gesamtmitgliederversammlung
mit Stefan Ludwig, Landesvors.
Alte Aula Blankenfelde

24.10.2012 15:00 Uhr

Dankeschönveranstaltung für unsere
Verteiler des „LinksBlick“
Geschäftsstelle Luckenwalde

01.11.2012 17:30 Uhr

Beratung Regionalvorstand
Teltow-Fläming Süd
Geschäftsstelle Jüterbog

01.11.2012 19:30 Uhr

Talk und Lesung mit **Gregor Gysi**
Moderation Jürgen Rummel
Kulturscheune Thyrow

02.11.2012 16:00 Uhr

Mitgliederversammlung
Stadtverband Luckenwalde
Gaststätte „Eckbusch“

06.11.2012 18:00 Uhr

Linkstreff in Ludwigsfelde
Das DRK stellt sich vor
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Irma Hilka in Blankenfelde zum 86. Geburtstag am 12.10.
Ruth Langethal in Ludwigsfelde zum 81. Geburtstag am 13.10.
Ehrenfried Schenk in Jüterbog zum 74. Geburtstag am 14.10.
Christina Hintze in Luckenwalde zum 93. Geburtstag am 16.10.
Amalie Matthias in Luckenwalde zum 84. Geburtstag am 17.10.
Bernhard Jank in Luckenwalde zum 87. Geburtstag am 28.10.
Inge Hoberg in Werder zum 79. Geburtstag am 28.10.
Sonja Steinert in Nächst Neuendorf zum 78. Geburtstag am 28.10.
Hans-Dieter Schmidt in Dahme zum 72. Geburtstag am 28.10.
Erich Lehmann in Luckenwalde zum 98. Geburtstag am 31.10.
Helga Hundertmark in Luckenwalde zum 81. Geburtstag am 05.11.
Hildegard Polzer in Ludwigsfelde zum 78. Geburtstag am 06.11.
Friedel Bettac in Am Mellensee zum 77. Geburtstag am 10.11.

Reinhard Baier in Rangsdorf zum 65. Geburtstag am 30.10.

Wolfram Burkhardt in Ludwigsfelde zum 60. Geburtstag am 01.11.

Joachim Büder in Zossen zum 65. Geburtstag am 09.11.

Der Kreisvorstand und die Basisorganisationen gratulieren nachträglich
unserer Genossin **Luise Grunitz** aus Jüterbog zum 85. Geburtstag,
unserem Genossen **Hartmut Ukrow** aus Luckenwalde zum 60. Geburtstag

„Chinesische Tuschkmalerei“

Ausstellung mit Werken
von Siegfried Stark

bis 31.10.2012

Bauernmuseum Blankensee
Dorfstraße 4
14959 Trebbin, OT Blankensee

Öffnungszeiten:

Mi, Do, Fre: 10:00 - 12:00 Uhr
13:00 - 17:00 Uhr

Sa, So und

Feiertag: 13:00 - 17:00 Uhr

Bildungsabend

Thema:

**„Nationalsozialistischer
Untergrund“
und Verfassungsschutz**

Zum Umgang mit Gewalttaten
von Neonazis in Deutschland

Referent: René Heilig
(Journalist, Berlin)

23.10.2012, 18:00 Uhr

Geschäftsstelle Luckenwalde

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 337 1/632267, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 12. September 2012, der nächsten Ausgabe: 17. Oktober 2012
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.
Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: P. Haase, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

12.11.2012 15:30 Uhr

Seniorenachmittag

Vortrag von Frau Dr. Liane Grützner
zum Thema „Demenz“
Teilnahme bitte bis zum 29.10.2012
in der Geschäftsstelle Luckenwalde
melden